

Antrag

der Abg. Isabell Huber u. a. CDU

Ausbreitung des Japankäfers in Baden-Württemberg – Weiterentwicklung der Bekämpfungsmaßnahmen und Unterstützung betroffener Betriebe

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Nachweise des Japankäfers (*Popillia japonica*) in Baden-Württemberg seit Beginn des Jahres 2025 entwickelt haben, aufgeschlüsselt nach Fundort, Zeitpunkt, Anzahl und Entwicklungsstadium der nachgewiesenen Tiere;
2. wie sie auf Grundlage der aktuellen Nachweise das Risiko einer dauerhaften Etablierung und weiteren Ausbreitung des Japankäfers in Baden-Württemberg bewertet, insbesondere für die Wein- und Obstbaugebiete am Oberrhein und am Bodensee;
3. welche Befalls- und Pufferzonen derzeit in Baden-Württemberg ausgewiesen sind, unter Angabe der betroffenen Kommunen, der erfassten Flächen und der jeweils geltenden Schutzmaßnahmen;
4. wie sie das im Jahr 2024 bestehende Monitoring mit 95 Fallen seither weiterentwickelt hat, insbesondere hinsichtlich der Anzahl und räumlichen Verteilung der Fallenstandorte sowie ergänzender Untersuchungen auf Larven und Befall an Wirtspflanzen;
5. welche Ergebnisse die bislang in Baden-Württemberg durchgeführten Bekämpfungs- und Eindämmungsmaßnahmen hinsichtlich der Verhinderung einer Vermehrung und weiteren Verschleppung des Japankäfers erbracht haben;
6. welchen Stand die bereits 2024 erwähnten Gespräche mit dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit über Notfallzulassungen zur Bekämpfung des Japankäfers erreicht haben, unter Darstellung der aktuell verfügbaren Mittel und verbleibenden Anwendungslücken in den betroffenen Kulturen;
7. welche neuen Erkenntnisse seit 2024 zur praktischen Wirksamkeit biologischer und mechanischer Bekämpfungsverfahren vorliegen, insbesondere zur Larvenbekämpfung mit Nematoden und zur Verhinderung der Eiablage unter den Anbaubedingungen Baden-Württembergs;
8. welche wirtschaftlichen Belastungen landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betrieben im Land bislang durch den Japankäfer und behördlich angeordnete Schutzmaßnahmen entstanden sind, insbesondere durch Ertragsausfälle, Verbringungsbeschränkungen, Pflanzenvernichtungen und zusätzlichen Betriebsaufwand;
9. welche Beratungs-, Unterstützungs- und Absicherungsmöglichkeiten betroffenen Betrieben aktuell zur Verfügung stehen, auch vor dem Hintergrund der im Jahr 2024 noch fehlenden Versicherungsmöglichkeiten gegen Japankäferschäden;

10. welche zusätzlichen Vorkehrungen sie aus den Erfahrungen der Jahre 2025 und 2026 für die Befallssaison 2027 ableitet, insbesondere hinsichtlich der Ausstattung des Pflanzenschutzdienstes, der Abstimmung mit benachbarten Bundesländern und Staaten sowie der Information von Betrieben, Kommunen und Bevölkerung;
11. wie sie die Situation von neuen eingeschleppten invasiven Schädlingserregern aufgrund der klimatischen Veränderungen einschätzt und welche Maßnahmen ggf. erforderlich sind, um deren Einschleppung und Ausbreitung vorzubeugen.

21.9.2026

Huber, Dr. Breitkreuz, Bückner, Epple, Kolb, Wernet CDU

Begründung

Klimatische Veränderungen sorgen auch dafür, dass sich zunehmend eingeschleppte invasive Schädlinge bei uns heimisch fühlen und sich rasant ausbreiten, wie beispielsweise der Japankäfer. Diese Schädlinge stellen die heimische Landwirtschaft und den Gartenbau vor erhebliche Herausforderungen. Insbesondere im Wein- und Obstbau sowie in Baumschulen können durch den Japankäfer beträchtliche Schäden entstehen. Eine frühzeitige Erkennung und wirksame Bekämpfung sind daher entscheidend, um eine dauerhafte Etablierung und weitere Verschleppung des Schädlings möglichst zu verhindern.

Der Antrag soll klären, welche Fortschritte seit 2024 bei der Überwachung und Bekämpfung erzielt wurden und wo weiterhin Handlungsbedarf besteht. Dabei sollen auch die wirtschaftlichen Belastungen durch Befall und behördliche Schutzmaßnahmen sowie die Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für betroffene Betriebe betrachtet werden. Auf dieser Grundlage sollen die notwendigen Vorkehrungen für die Befallssaison 2027 aufgezeigt werden.